

Rechenschaftsbericht meiner Stadtratsarbeit 2010

1. Fachpolitische Unterstützung: Meine kommunalpolitische Arbeit für DIE LINKEN wurde seit Mai dieses Jahres durch die Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier unterstützt. Neben der Vorbereitung und Diskussion von Anträgen und Verwaltungsvorlagen für den Stadtrat wurden von der Arbeitsgemeinschaft drei kommunalpolitische Themenschwerpunkte vorbereitet. In der öffentlichen Diskussionsreihe der Arbeitsgemeinschaft „Trierer Themen – links diskutiert“ wurde im September 2010 eine Veranstaltung zu Umweltgiften und im November eine Diskussionsrunde zum Sportentwicklungsplan in Trier durchgeführt. Im Januar wird die Veranstaltungsreihe mit einem kulturpolitischen Thema fortgesetzt werden.

2. Anfrage zur Verkehrsanbindung Südbad: Noch vor den Sommerferien 2010 wurde von mir eine Anfrage über das einen Monat zuvor neu eröffnete Freibad Trier-Süd im Stadtrat eingebracht. Die Anfrage bezog sich auf die nicht neu gestaltete Verkehrsanbindung und diesbezügliche Möglichkeiten. Die Dezernentin, Frau Birk, antwortete ausführlich und sicherte neue Überlegungen von Seiten der Stadt zu. Bedingt durch den sehr heißen Sommer und die überaus hohe Frequenzierung des Süd-Bades, wurden die zugesicherten Veränderungen von der Stadt teilweise schon im Sommer realisiert und umgesetzt. Die Presse griff das Thema auf und berichtete ausführlich.

3. Anfrage Mittagstisch: Eine weitere Anfrage sollte eigentlich als Antrag schon im März in den Stadtrat eingebracht werden. Er betraf den kostenlosen Mittagstisch für Kinder, die nicht ausreichend mit Nahrung versorgt werden. Aus den oben erwähnten Gründen der Fraktionsauflösung von Werner wurde das Thema nach der Sommerpause als Anfrage an die Dezernentin Frau Birk gestellt. Frau Birk antwortete ebenfalls ausführlich. Die Presse griff das Thema auf und berichtete ausführlich.

4. Anfrage Sportentwicklung: Noch eine dritte, kommunalpolitisch äußerst erfolgreiche Anfrage konnte bezüglich des Trierer Sportentwicklungsplans gestellt werden, der schon seit zehn Jahren nicht mehr fortgeführt wurde. Frau Birk sicherte zu, dass sich die Stadtverwaltung mit diesem überfälligen Themengebiet im kommenden Jahr 2011 ausführlich befassen wird. Dass dies auch dringend nötig ist, zeigte ein Diskussionsabend zum Thema, den die Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier im Rahmen ihrer Themenreihe „Trierer Themen – links diskutiert“ im November durchgeführt hatte. In die gleiche Kerbe sehr hoher Priorisierung schlägt auch die von Rat beschlossene Schließung der Trierer Eissporthalle, gegen die sich DIE LINKE mit beiden Stimmen wandte.

5. Antrag Park & Ride: Der gemeinsame Antrag von DIE LINKE und der CDU im Ortsbeirat Kürenz aus 2009 wurde zu den verkaufsoffenen Adventssamstagen 2010 erstmalig umgesetzt. Die Stadtwerke Trier haben dafür mit der Universitätsverwaltung kooperiert.

6. Dezernat IV: Zwischen den verschiedenen Stadtratssitzungen nahmen die Dezernatsarbeiten viel Zeit in Anspruch. Hier ist vor allem das **Dezernat IV** unter der Dezer-
nentin Frau Kaes-Torchiani zu nennen. Schon seit Anbeginn der Stadtratsarbeit im Jahr 2009
trifft sich ein Arbeitskreis zur Porta-Nigra-Umfeldgestaltung. Im Dezember 2010 wurde unter
Teilnahme und Beratung der verschiedenen Fraktionen ein Sieger-Architekturbüro aus Berlin
von den Preisrichtern einstimmig ausgelobt. Die umfassenden Pläne aller preisgekrönten
Sieger zur Platzgestaltung und zur Neugestaltung der komplexen Verkehrs- und ÖPNV-
Anbindung vor Ort werden z. Zt. in den Viehmarktthermen öffentlich ausgestellt. Wann al-
lerdings eine bauliche Umsetzung der Pläne realisiert werden kann, ist noch offen und hängt
wesentlich von der Finanzsituation der Stadt ab. Das Mobilitätskonzept 2020 wurde zw-
schenzeitlich weiterentwickelt. Das Radwegekonzept wurde schon im Dezernatsausschuss IV
diskutiert, ebenso wie die das schon verabschiedete neue Parkplatzkonzept der Stadt Trier.
Beide Konzepte verstehen sich als Teilkonzeptionen des gesamten Mobilitätskonzepts 2020,
das auch im kommenden Jahr weiter entwickelt werden wird, bevor es der Öffentlichkeit
vorgestellt wird.

7. Antrag Reichstag: Einen späten Erfolg feierte der erste Antrag der LINKSFRAKTION im
Trierer Stadtrat aus dem Jahre 2009. Anlässlich der „Heiligrockwallfahrt“ im Jahre 2012, ha-
ben wir in unserem damaligen Antrag einen besonderen Akzent auf die Erforschung des
Reichtages von 1512 in Trier als Beitrag der Stadt zum Festgeschehen gelegt. Die Finanzie-
rung sollte wegen der Bedeutung des Reichtages aus Bundesmitteln geschehen. Über den
Präsidenten des Deutschen Bundestages Lammers wurden ca. 40.000 Euro zur Erforschung
der damaligen Ereignisse aus Berlin bewilligt. Am 19. Oktober 2010 wurde sodann in der
Stadtbibliothek in Trier in dreitägiges Symposium eröffnet, dass sich zum Ziel gesetzt hatte,
den Reichstag von 1512 in Trier in seiner ganzen Bedeutung zu würdigen. Eine verständliche,
für ein breites Publikum lesbare Publikation der Forschungsergebnisse wird zu Beginn des
Jahres 2012 als Beitrag der Stadt Trier zur „Heiligrockwallfahrt“ erwartet.

8. Antrag Realschulen plus: Das Schulentwicklungskonzept für die Realschule plus sorgte für
einigen Wirbel, als ich einen eigenen Antrag in die Ratssitzung einbrachte, der vor allem al-
ternativ zum Änderungsantrag der Ampel-Koalition eigene Standortvorschläge inhaltlich und
finanziell begründete. Das Ergebnis war schließlich eine Eingabe bei der ADD zur Überprü-
fung der Vorgehensweise des Oberbürgermeisters, der zwei Änderungsanträge von der LIN-
KEN und von der CDU nicht zur Abstimmung gestellt hatte. Einige Genossinnen und Genos-
sen des KV Trier-Saarburg nahmen fälschlicher Weise meinen Änderungsantrag zu den Real-
schulen plus zum Anlass, öffentlich gegen mich einen „Maulkorberlass“ zu initiieren. Über
meine diesbezügliche Eingabe bei der Landesschiedskommission wurde noch nicht entschie-
den.

9. Verkehrsanbindung: Auf Einladung der Arbeitsgemeinschaft DIE-LINKE-Stadtpolitik-Trier
haben die verschiedenen Fraktionen ein moderiertes Gespräch zusammen mit Dr. Ehm, dem
Eigentümer der Kartonagenfabrik in Trier-Kürenz, und dem Ortsvorsteher von Kürenz, Herrn
Bernd Michels (CDU) in den Räumen der Volkshochschule Trier zum Thema „Privatstraße“

zur Anbindung der Firma Ehm an das öffentliche Straßennetz. Bedingt durch den Abriss der Zementbrücke, eröffnete sich die Notwendigkeit über den Bau der Umgehung Kürenz mit Anbindung des Grünebergs an die Metternichstraße erneut zu diskutieren, da über diese Anbindung sowohl die Firma Ehm an das öffentliche Straßennetz angeschlossen werden könnte als auch eine weitreichende Erschließung der ehemaligen Kasernen gegenüber dem Nells-Park als Konversionsgebiet zu einem neuen Handwerkerpark. Dies wurde von allen Anwesenden begrüßt, wobei die langjährige Untätigkeit der Verwaltung sowie die aktiv ablehnende Haltung des Stadtrates gegenüber Finanzierungsmöglichkeiten allgemein kritisiert wurde. Das einstimmige Votum des Ortsbeirates Kürenz, 100.000 Euro für weitere Planungskosten in den Haushalt 2011 einzustellen, wurde begrüßt. – Zudem hat man sich juristische Schritte gegenüber der ADD bzw. eine neue Normenkontrollklage ausdrücklich vorbehalten. – Unter Punkt 12 (Haushaltsrede) wird dieser Punkt noch einmal aufgegriffen.

10. Antrag zur Friedhofssatzung: Ein eigener Antrag zur Friedhofssatzung bezüglich der Flächengestaltung sorgte für etwas Aufsehen, denn seit acht Jahren hat die Stadtverwaltung an einer Vorlage gearbeitet, die schließlich nur den Rückbau des Höhenfriedhofs wegen rein geologischer Gründe vorsieht. Mein von der Mehrheit des Rates abgelehnter Antrag hätte den Plänen der Verwaltung Rechnung und eine Reduzierung der Friedhöfe von derzeit 17 auf vier verbleibende Friedhöfe ab dem Jahr 2050 vorgesehen. Das (abgelehnte) Flächenkonzept hätte mit Einsparungen von mehr als 1 Million Euro in den folgenden Jahren zur Konsolidierung des Finanzhaushaltes der Stadt Trier beitragen können – was sinnvoll gewesen wäre.

11. Protest gegen Menschenrechtsverletzungen: Neben mir hat nur noch ein Stadtrat von den Grünen bei der feierlichen Stadtratssitzung zum Abschluss des Städtepartnerschaftsvertrages zwischen Trier und Xiamen (in China) gegen die anhaltenden chinesischen Menschenrechtsverletzungen demonstriert und an der Sitzung nicht teilgenommen. Einen ausführlichen Bericht über meine Beweggründe kann man unter www.Johannes-Verbeek.de nachlesen.

12. Haushaltsrede 2011: Sowohl auf meiner Homepage als auch auf der des Arbeitskreises ist die komplette Haushaltsrede 2011 veröffentlicht. Im Vorfeld der Etatsitzung konnte ich mich mit Katrin Werner (MdB) darüber verständigen, dass DIE LINKE sowohl die Haushaltsatzung 2011 als auch den Bürgerhaushalt der Stadt Trier komplett ablehnen wird. Drei Gründe habe ich in der Rede exemplarisch ausgeführt: 1. Zunächst das doppelte Maß, mit dem die sog. Ampel-Koalition (SPD, Grüne, FDP) zwischen ihren eigenen Anträgen und denen der anderen Parteien im Stimmverhalten unterschieden hat. Das Ergebnis dieses Verhaltens auf den vorbereitenden Steuerungsausschusssitzungen zum Haushalt war meine Eingabe an die ADD, die Vorlage 063/2007 zu überprüfen, die die Verwaltung aus unterschiedlichen Gründen – vor allem aber aus finanziellen Gründen – bis heute bewusst und willentlich nicht bearbeitet und umgesetzt hat. 2. Der Bürgerhaushalt wurde abgelehnt, weil mir als Mitglied des Steuerungsausschusses und des Beirates für den Bürgerhaushalt die Online-Kommentierung – wegen des Wegfalls des Fraktionsstatus – verwehrt wurde. Auch habe ich eine Eingabe an die ADD formuliert, die mittlerweile schon abschlägig beurteilt wurde. 3. Die

Konsolidierung des Haushaltes basiert fast zur Hälfte gleichwertig mit Einsparungen nur auf Gebührenerhöhungen. Hier werden vor allem Geringverdiener und Arbeitslose zu Konsolidierungszwecken des städtischen Haushaltes proportional gegenüber anderen Bürgerinnen und Bürgern überbelastet. 4. Lobend habe ich abschließend vier Positionen unseres „Kommunalen Wahlprogramms 2009“ erwähnt, die z. Zt. haushalterisch hochaktuell sind: So die von uns geforderte Ausweitung der Gewerbesteuer auch auf Freiberufler, die Abschaffung von „Ein-Euro-Jobbern“ und die Einführung eines Öffentlichen Beschäftigungs-Sektors (ÖBS), den unsere LINKE Politik vorsieht, sowie ein kommunaler „Schuldenerlass“, der eventuell durch Entschuldungsprogramme des Bundes und des Landes zusammen mit den Kommunen im kommenden Jahr auf den Weg gebracht werden. Hier wird man jedoch genau prüfen müssen, dass die Stadt Trier die Haushaltskonsolidierung nicht mit „Amputationen“ verwechselt, indem sie wahlweise wichtige und notwendige Projekte zur Disposition stellt oder durch die ADD stellen muss.

13. Kooperation: Zu zahlreichen Vorlagen der Stadtverwaltung habe ich in den Stadtratssitzungen aus dem Stehgreif heraus in Bezug auf die Positionen und in Abgrenzung zu den anderen Parteien Kommentierungen für linke kommunalpolitische Positionen abgegeben. - Die beiden letzten Stadtratssitzungen sowie auch die Ortsbeiratssitzungen in Kürenz haben auch eine zunehmend bessere Absprache zwischen Katrin Werner (MdB) und mir gezeitigt. So konnten wir auf taktische Manöver der Ampel-Koalition und auch des Oberbürgermeisters unsere Änderungsanträge kurzfristig im Gespräch miteinander modifizieren und erneut – zum Erstaunen vieler im Rat – einbringen, nicht zuletzt, um auch zu offenbaren, dass gewisse, vernünftige Positionen der LINKEN per se durch die vorherrschenden Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Trier abgelehnt werden.

14. Ausblick: Neue Möglichkeiten nicht zuletzt auch für DIE LINKE bieten sich jedoch durch den Mehrheitsverlust der Ampel-Koalition im Trierer Stadtrat, der sich in den beiden letzten Sitzungen deutlich gezeigt hat. – In dieser Situation ist politische Einmütigkeit und gutes Einvernehmen für uns mehr wert als jemals zuvor. Die Selbstaussbeutung muss ein Ende haben! Der politische Mehrwert für DIE LINKE muss und kann in Zukunft sozialistisch und solidarisch erbracht werden: Eine neue LINKSFRAKTION ist überfällig. Die Konditionen sind in einem Fraktionsvertrag festgeschrieben.

15. Rückblick: Es kann in diesem Rechenschaftsbericht nicht unerwähnt bleiben, dass durch die parteiinternen Blockaden in der ehemaligen Linksfraktion im vergangenen Jahr die kommunalpolitische Arbeit erschwert wurde. Die mangelnde Einhaltung des Fraktionsvertrags, der Fraktionsbruch durch Werner, andauernde Kommunikationsblockaden gegen meine Person und die formale Bekämpfung meines politischen Engagements als Stadtrat der Partei DIE LINKE (Abwahlversuche, Agitation gegen den Arbeitskreis, Parteiausschlussverfahren, Maulkorberlass) konnten bis heute nicht konstruktiv geklärt und aufgearbeitet werden. Dies gilt auf Kreis-, aber auch auf Landesebene.

Nach meinem Parteiausschlussverfahren im September 2010 vor der Landesschiedskommission in RLP habe ich Einspruch vor der Bundesschiedskommission im Oktober 2010 eingelegt,

wodurch der ausgesprochene Parteiausschluss nunmehr aufschiebende Wirkung bekommen hat. Nach wie vor bin ich Parteimitglied der Partei DIE LINKE mit allen Rechten und Pflichten. Meine Gegendarstellung von 60 Seiten fasst diesen Teil öffentlicher und parteiinterner Arbeit argumentativ zusammen.

Dennoch wurde von der Kreismitgliederversammlung im November 2010 ein „Maulkorberlass“ gegen mich beschlossen, wonach nur noch Katrin Werner (MdB) im Trierer Stadtrat für DIE LINKE offiziell sprechen dürfe. Gegen den „Maulkorberlass“ des KV Trier-Saarburg ist meine Eingabe vor der Landesschiedskommission RLP ebenfalls noch nicht entschieden.

Trotz dieser Absurditäten habe ich kontinuierlich im gesamten Jahr meiner Genossin im Stadtrat der Stadt Trier, Katrin Werner (MdB), angeboten, eine neue Linksfraktion im Rat zu eröffnen – zuletzt im Dezember 2010. Jedoch schlug sie mein Angebot jedes Mal aus mit der Begründung, dass mein Parteiausschlussverfahren in Berlin noch anhängig wäre, was sie auch presseöffentlich machte.

Am 16. Januar 2011 findet nun die Verhandlung vor der Bundesschiedsstelle in Berlin statt.

Trier, den 10.1.2011

Johannes Verbeek